



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede

**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Dr. Annette Schavan, MdB,**

zum Thema

„Wachstum durch Innovation.

Perspektiven für Bildung und Forschung.“

**anlässlich des Leibniztages der Berlin-Brandenburgischen
Akademie der Wissenschaften**

am 5. Mai 2006

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr verehrter Herr Präsident Stock,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich sage zunächst herzlichen Glückwunsch; Ihnen, lieber Herr Prof. Spur, Ihnen, verehrter Herr Oetker, zu den Ihnen zuteil gewordenen Auszeichnungen. In der Wissenschafts- und Forschungspolitik – übrigens auch in der Kulturpolitik – gibt es Strukturen und Programme, Investitionen, Innovationsfonds; und es gibt Persönlichkeiten, die sich mit Leidenschaft der Sache der Wissenschaft, der Forschung, der Kultur verschreiben. Die besten Programme nutzen wenig, wenn es nicht Persönlichkeiten wie Sie gäbe, die sich mit Leidenschaft einsetzen, sich einer Sache mit Leidenschaft hingeben. Deshalb auch von mir ganz herzlichen Glückwunsch und Respekt für diese herausragenden Lebensleistungen.

I.

Meine Damen und Herren,

„Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ Dieser Satz stammt von Hannah Arendt, die im Oktober dieses Jahres 100 Jahre alt geworden wäre. Sie hat ihn vor dem Hintergrund zweier Grunderfahrungen im zwanzigsten Jahrhundert formuliert. Der Erfahrung, dass solcher Sinn von Politik in sein Gegenteil verkehrt wurde durch die Entstehung von totalitären Systemen in Gestalt des Nationalsozialismus und des Kommunismus, und der Tatsache, dass Politik heute in Gestalt der Atombombe über das technische Mittel verfügt, die Menschheit und damit jede Art von Politik auszulöschen. Sie meinte mit diesem Satz nicht, dass Politik Freiheit schaffen kann; wohl aber, dass ihr die Wahrung der Freiheit obliegt. Darin hat Politik ihre Sinnhaftigkeit zu beweisen. Darin liegt nicht zuletzt der Schlüssel dafür, dass Menschen nicht hinter ihren Möglichkeiten bleiben, nicht gegen ihre Würde verstoßen wird, und sie immer wieder die Kraft zum Anfang, zum Anfangen-Können, erhalten.

Politik der Gegenwart hat zu tun mit den vielfältigen Bemühungen, Standards der Sicherheit zu erhalten. Die sozialen Sicherungssysteme sind allesamt labil geworden. Die Verlässlichkeit des Staates schwindet in dem Maße, indem er mehr verspricht, als er halten kann – und er verspricht immer noch viel zu viel. In dieser Situation muss sich politisches Selbstverständnis deutlich verändern. Der Blick muss sich auf neue Quellen richten, aus denen die Kraft zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung erwächst. Noch herrschen bei viel zu vielen Menschen in Deutschland zu viele Zweifel an der Kraft der Freiheit. Noch besteht Unsicherheit und Zögerlichkeit angesichts eines notwendigen Paradigmenwechsels, der über die Stärkung individueller Verantwortung, der über Talentförderung Freiheit wahrt und dadurch gesellschaftlich Dynamik auslöst.

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns auf diesen Paradigmenwechsel konzentrieren und für ihn werben müssen. Wir brauchen in Deutschland den Ehrgeiz, eine international anerkannte Talentschmiede zu werden. Wir brauchen in Deutschland die Kraft zur wirklichen Priorität für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung. Wir brauchen in Deutschland den Mut zur Freiheit. Einen Mut, der als Quelle von allem Guten und Wertvollen nicht allein die Sozialpolitik nennt, sondern Forschungspolitik zumindest als Juniorpartner anerkennt. Von gleicher Augenhöhe bei den Budgets will ich gar nicht sprechen. Gleiche Augenhöhe aber in Hinblick auf die Bedeutung für unser Land, für die Zukunftschancen der jungen Generation, für die innere Stabilität und damit letztlich auch für die soziale und kulturelle Entwicklung, das muss sein. Nur wo das anerkannt ist und wo das sichtbar wird, helfen uns die zahlreichen Innovationsreden, die in Deutschland gehalten werden. Vermutlich gibt es keine Stadt, in der so viele Innovationsreden gehalten werden wie in Berlin. Deshalb sollte die Bundeshauptstadt auch vorangehen, wenn es um den Stellenwert von Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik geht. Wenn sie das Flaggschiff würde, könnte sie auch Zugmaschine für andere sein.

Wissenschaft und Forschung sind Teil der intellektuellen Kultur unseres Landes. Diese Kultur braucht Raum im Öffentlichen und sie muss diesen Raum auch ausfüllen. Sie muss sich überzeugend beteiligen am Werben für den genannten Paradigmenwechsel. Sie muss deutlich machen, dass der, der in Deutschland von Chancen spricht, von Bildung, Wissenschaft und Forschung sprechen muss. Wer heute für die Ernten künftiger Generationen säht, muss heute die Wahrheit sagen, darf nicht Sicherheit versprechen, die keine realistische Grundlage mehr hat, muss vielmehr neue Kraft- und Wohlstandsquellen erschließen.

Im Wettbewerb möglicher Wohlstandsquellen in unserem Land steht Forschung ganz oben. Im internationalen Wettbewerb, das ist schon seit langem beschrieben, sind Wissenschaft und Forschung die zentralen strategischen Faktoren. Aus diesem Grund rücken Wissenschaft und Forschung zunehmend auch auf die vorderen Plätze der internationalen Agenda. Wer immer heute Treffen von Regierungschefs – also nicht nur Fachminister – erlebt, der erlebt, dass zunehmend Wissenschaft und Forschung als die strategischen Faktoren erkannt, als die großen Themen auch des internationalen Dialogs gesehen werden. Politik und Wissenschaft müssen sich gemeinsam auf diesen Paradigmenwechsel in unserem Land konzentrieren.

II.

Die Ausgangsbedingungen sind gut, damit Deutschland wirklich Pionierland im Blick auf Wissenschaft und Forschung, im Blick auf Innovationen sein kann. Deutschlands Stärken sind weltweit anerkannt. Sie liegen in seiner hohen politischen Stabilität, seiner leistungsfähigen Infrastruktur, seiner führenden Rolle in Europa. Deutschland ist weltweit die drittgrößte Industrienation und mit seinen technologiestarken Unternehmen seit Jahren Exportweltmeister. Bei weltmarktrelevanten Patenten belegt Deutschland mit den USA und Japan die vordersten Plätze der Ranglisten. Umfragen bei ausländischen Unternehmen zeigen, dass Deutschland ein attraktiver internationaler Standort für Forschung und Innovation ist. Die deutsche Wissenschaft hat international einen hervorragenden Ruf. Sie nimmt in einigen Forschungsbereichen sogar eine Spitzenposition ein.

Aber: Die positive Entwicklung, die ich in diesen wenigen Stichworten skizziert habe, ist aufgrund steigender Attraktivität und Wachstumsdynamik anderer Länder bedroht. Deutschland erlebt einen Wettbewerb, der von einer bislang nicht gekannten Dynamik in einigen Regionen der Welt geprägt ist. Genau in dieser Situation ungewöhnlicher Dynamik müssen wir bei der näheren Betrachtung der vergangenen Jahre für Deutschland feststellen, dass viele einst positive Entwicklungen stagnieren; so zum Beispiel der Anteil der Bevölkerung mit tertiären Bildungsabschlüssen. Für Studenten und Wissenschaftler aus führenden Industrienationen ist Deutschland nicht mehr das Zielland Nummer Eins. Hochqualifizierte gehen an die Studien- und Forschungsstandorte, an denen ihnen Exzellenz und damit internationale Reputationen geboten werden. Diese jungen Leute fragen bei der Wahl ihres Studienortes nicht danach, ob es dort Studiengebühren gibt oder nicht. Sie fragen schlicht nach Qualität; sie suchen Exzellenz. Es wäre von Vorteil gewesen, wenn das in Deutschland in der Politik und im öffentlichen Leben schon vor zehn Jahren erkannt worden wäre. Dann gäbe es heute bereits eine Tradition, die unseren Hochschulen ein besseres finanzielles Fundament geben würde, als das gegenwärtig der Fall ist.

Die Bildungsmärkte entwickeln sich im globalen Wettbewerb mit großer Geschwindigkeit. Sie stehen nicht mehr nur in Konkurrenz zu hoch entwickelten Volkswirtschaften, sie treten immer mehr auch in einen Wettbewerb zu Staaten wie China und Indien. In diesen Ländern entstehen Ausbildungseinrichtungen und Forschungsinstitute, die rasch zum Weltstandard aufschließen. Zusätzlich droht der demografische Wandel, die künftige Innovationsfähigkeit und damit auch die Attraktivität Deutschlands als wissensstarker Global Player zu vermindern. Die demografische Entwicklung ist davon geprägt, dass sich ein viel zu geringer Anteil junger Leute für natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen interessiert. Der Bericht über die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt, dass auch hier

Stagnation, sogar leichter Rückgang, zu verzeichnen ist. Auch hier nützt es nicht, noch Jahre zu lamentieren. In den entscheidenden prägenden Jahren der Bildungsbiografie junger Leute müssen Strukturen so verändert werden, dass in Deutschland künftig niemand mehr Abitur machen kann, der in den letzten drei Schuljahren zum Beispiel Biologie als einzige Naturwissenschaft belegt hat. Solche Strukturen provozieren geradezu, dass die Möglichkeiten und die Chancen nicht wahrgenommen werden, die in naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zu finden sind.

Die meisten transnational orientierten Unternehmen mit Sitz in Deutschland geben einen erheblichen Teil ihres Budgets für Forschung und Entwicklung im Ausland aus. Neben den Vorteilen internationaler Arbeitsteilung nutzen sie auch Kostenvorteile, einen besseren Marktzugang sowie die Rekrutierungsmöglichkeiten gut ausgebildeter Fachkräfte und Nachwuchswissenschaftler. Aus all diesen Gründen bin ich davon überzeugt, dass alle Bemühungen seitens der Politik sowie der Forschungsorganisationen für die weitere Internationalisierung hoch bedeutsam sind. Deutschland war eines der Industrieländer, die früher als andere die internationale wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit durch eine Vielzahl von Regierungsabkommen sowie die akademische Kooperation und die Netzwerkbildung in der *Scientific Community* durch hoch dotierte Wissenschaftsprogramme und Wissenschaftspreise vorangetrieben und den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern gefördert haben.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung entsendet eigens Referenten für die Wissenschaft in die Botschaften. Ich bin davon überzeugt, dass dies noch nicht der letzte Stand der Entwicklung ist. Wir brauchen eine Weiterentwicklung in der Außenpräsenz von Wissenschaft, Technologie und Bildung auf allen Ebenen. Es muss bei weiteren Entwicklungen die Überzeugung Einzug halten, dass Außenwissenschaftspolitik so wichtig ist wie Außenhandelspolitik. Das muss auch in den Strukturen der Politik sichtbar werden. In der wissenschaftlichen Zusammenarbeit müssen wir systematisch auf eine besonders enge Kooperation mit wissenschaftlich starken und wirtschaftlich zukunftsfähigen Partnern in der Welt hinarbeiten. Wir sind dabei, diese Zusammenarbeit gezielt darauf hin auszurichten, um Kompetenzgewinne für die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft zu erzielen und Austauschkooperation und Netzwerkbildung mit den besten Partnern in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen - in Europa und weltweit. Für die künftige Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft spielt es eine entscheidende Rolle, inwieweit es uns gelingt, weltweit vorhandenes Wissen und technologisches Know-how zu Gunsten eigener Innovationsprozesse zu nutzen. Die in vielen Ländern - insbesondere außerhalb Europas und Nordamerikas - wachsenden Forschungskapazitäten ermöglichen es uns, Wissenserzeugung und Wissensnutzung durch Zusammenarbeit und

Vernetzung mit international leistungsfähigen Partnern zu optimieren. Frei nach dem Motto, das Leibniz schon vor 300 Jahren formuliert hat: *„Es lohnt sich, die Entdeckungen anderer zu studieren, dass für uns selbst eine neue Quelle für Erfindungen entspringt.“*

Ich bin mir sicher, um Deutschlands starke, aber zunehmend gefährdete Position in der Forschung zu sichern und auszubauen, bietet die Globalisierung letztlich mehr Chancen als Risiken. Voraussetzung ist, dass wir die Vorteile der Arbeitsteilung in der internationalen Zusammenarbeit intensiv nutzen. Das wird auch im europäischen Kontext eine wichtige Rolle spielen.

Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 sind die Stärkung der Grundlagenforschung und eine verbesserte Zusammenarbeit. Gleich am Beginn dieser Ratspräsidentschaft wird der Europäische Forschungsrat (ERC) seine Arbeit aufnehmen. Er ist eine der großen Errungenschaften, die erstmalig auf gesamteuropäischer Ebene die Selbstverwaltung der Wissenschaften garantiert. Diese Unabhängigkeit ist wichtig. Sie hat zur Erfolgsgeschichte von Wissenschaft und Forschung in Deutschland beigetragen. Deshalb bin ich auch sehr dankbar dafür, dass sich maßgebliche Wissenschaftler aus Deutschland an der Vorbereitung des ERC beteiligen.

Dieser Rat ermöglicht künftige Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa. Deshalb haben wir auch deutlich gesagt, dass wir es nicht für sinnvoll halten, in nächster Zeit in Europa gleichsam auf der grünen Wiese ein Technologie-Institut zu errichten. Wir müssen alles daran setzen, Mittel, die für die Forschung zur Verfügung stehen, so zu verwenden, dass auch auf europäischer Ebene ein Wettbewerb um die besten Ideen entsteht. Die Exzellenzinitiative, die in Deutschland begonnen hat, ist in diesem Zusammenhang ein Beispiel für das, was wir unter europäischem Wettbewerb verstehen.

Ich bin davon überzeugt, dass in der Außenwissenschafts- und Außenforschungspolitik großes Potenzial an Chancen für unser Land und für die Zukunft der jungen Generation steckt.

Zukunftschancen ermöglicht die Bundesregierung mit ihrem 6-Milliarden-Euro-Programm. Damit hat sie ein Investitionsprogramm für Forschung und Entwicklung aufgelegt in einer Höhe, wie keine Bundesregierung vor ihr. Es ist keine Absichtserklärung, es ist kein Appell an den Finanzminister. Diese Programm ist verankert in der mittelfristigen Finanzplanung. Für unser politisches Selbstverständnis ist es wichtig, dass wir nicht ständig von Perspektiven reden, die in einer virtuellen Welt bleiben. Am Beginn einer Legislaturperiode müssen Entscheidungen so getroffen werden, dass Verlässlichkeit die Grundlage ist für das Gespräch von Politik und Wissenschaft ist.

Das 6-Milliarden-Euro-Programm ist unser Beitrag zur Lissabon-Strategie. In ihr haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vereinbart, 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren. Uns ist bewusst, dass wir allein mit den 6 Milliarden Euro, die die Bundesregierung zusätzlich zur Verfügung stellt, das 3-Prozent-Ziel nicht erreichen. Auch die Wirtschaft muss ihren Beitrag dazu leisten. Deshalb werden wir den Dialog von Wissenschaft und Wirtschaft so gestalten, dass im Blick auf Investitionen in Forschung und Entwicklung immer mehr strategische Partnerschaften möglich werden.

Sechs Milliarden Euro alleine bewirken noch keine Innovationsschübe. Sie sind aber eine notwendige Voraussetzung, damit Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsame Strategien entwickeln können. Die Initiative der Vorgängerregierung *„Partner für Innovation“* kommt in diesem Monat und in dieser Form zu einem Abschluss. Durch den bei der Bundeskanzlerin angesiedelten *„Rat für Innovation und Wachstum“* einerseits und die *„Forschungsunion Wissenschaft – Wirtschaft“*, die beim BMBF angesiedelt sein wird und die schon bald ihre Arbeit aufnimmt, etablieren wir neue Strukturen.

Es muss uns gelingen, eine wirkliche strategische Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu schaffen. Es muss uns in den nächsten vier Jahren gelingen, Impulse so zu setzen, Entwicklung so zu ermöglichen, dass wir tatsächlich an dieses 3-Prozent-Ziel herankommen. Das ist der Anfang für dynamische Weiterentwicklung. Deutschland wird in Europa seine Motorenrolle und international seine Stärke als Partner dauerhaft nur ausbauen können, wenn das 3-Prozent-Ziel für uns der Anfang weiterer Entwicklung ist. Soll es zu diesem Paradigmenwechsel kommen und sollen sich Wissenschaft und Forschung als neue Kraftquellen für die Entwicklung unseres Landes und seine innere Stabilität erweisen, dann ist Lissabon erst der Anfang und nicht schon das Ende. Erkennen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft diesen Paradigmenwechsel als ihre gemeinsame Sache, dann reden wir nicht nur über konkrete Programme, sondern eben auch über Strukturen und Anreize.

Das, was ich mit Blick auf den internationalen Wettbewerb, mit Blick auf das, was an Investitionen und Akzenten notwendig ist, für Deutschland sage, gilt in vielfacher Weise auch für Europa. Auch Europa muss lernen, dass es nicht zukunftsfähig ist, wenn es sich vorrangig über Subventionen definiert. Immer weiter ausufernde Subventionspolitik ist kein Weg für europäische Zukunftsfähigkeit. Wir wissen, dass es in China, in den USA oder in Indien, um nur die drei stärksten Mitbewerber zu nennen, eine ökonomische Dynamik von nicht gekanntem Ausmaß gibt. Wir müssen uns dieser Entwicklung stellen - vor allem im Blick die Forscher und Entwickler in Deutschland. Der Vorstandsvorsitzende des Forschungszentrums Jülich, Herr Professor Treusch, hat schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen, dass die Verdopplungszahl der in den USA tätigen Naturwissenschaftler rund

zehn Jahre beträgt. Wenn das vor zehn Jahren gesagt wurde, dann kann man sich vorstellen, wie sich in diesen zehn Jahren die Entwicklung beschleunigt hat.

Im Moment reden wir über Stagnation in Deutschland. Diese vergrößert den Abstand zwischen Entwicklungen andernorts und in unserem Land. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb diejenigen, die in Politik und Hochschule Verantwortung tragen, prophylaktisch über kommende Studentenberge lamentieren. Sie müssen die Rhetorik umstellen. Junge Leute sollen spüren, dass die Gesellschaft, dass die Hochschulen, dass die Politik auf sie wartet und sie braucht. Wir wollen, dass diese jungen Leute studieren. Damit sind Probleme verbunden. Das ist wahr. Es ist an uns, sie zu lösen. Wenn es in einem solchen Zusammenhang aber nur die eine Antwort gibt, einen flächendeckenden Numerus Clausus einführen zu wollen, ist das ein gigantisches Armutszeugnis und kein Hinweis auf die Innovationsfähigkeit Deutschlands.

Dieses Land muss Freude an Talenten finden, einen geschärften Blick für sie entwickeln und sie für die anstehenden Entwicklungen gewinnen, damit auch diese Talente gewinnen können. Talentförderung muss ein Muss für jede Hochschule, für alle am Bildungs- und Wissenschaftssystem Beteiligten sein. Ich habe deshalb den Haushaltstitel der Begabtenförderung erhöht. Ein Land, das nicht bereit ist, wenigstens ein Prozent der begabten Studierenden zu fördern, schöpft Begabungspotential nicht aus. Deshalb ist es gut, dass Exzellenzinitiativen, so wie die, die bereits auf den Weg gebracht wurde, besondere Akzente setzen im Blick auf wissenschaftlichen Nachwuchs. Das Bildungs- und Wissenschaftssystem muss ganz bewusst Signale setzen, Leistungs- und Verantwortungseliten aufbauen zu wollen. Auch die besten Programme reichen nicht, wenn wir nicht genügend jungen Leuten den Weg in die Wissenschaft und Forschung so öffnen, dass sie tatsächlich Feuer fangen, dass sie Leidenschaft entwickeln, dass sie den Eindruck gewinnen, wirklich gebraucht zu werden.

Deutschland muss ein Gespür für Talente entwickeln. Das gilt auf allen Ebenen des Bildungssystems. Viel zu lange haben wir uns in Deutschland nur mit der Frage aufgehalten, ob man den Begriff Elite benutzen darf, ob damit eine Priorität für Begabte gegenüber Benachteiligten verbunden sei. Wer etwas tun will für benachteiligte Jugendliche, für Benachteiligte in dieser Gesellschaft, der muss genügend Verantwortungseliten haben, die wissen, dass Talent wie Eigentum verpflichtet. Nur dann wird eine Gesellschaft auch die Kraft zur Solidarität haben. Deshalb ist für mich das eine nicht eine Alternative für das andere. Die Förderung von Begabten und die Förderung von Benachteiligten sind zwei Seiten der einen Medaille.

Daneben müssen wir Hemmnisse der Innovationsfinanzierung überwinden. Auch das gehört in unseren Dialog der nächsten Monate und in die Vorbereitung der High-Tech-Strategie, die im Laufe dieses Jahres erarbeitet wird. Viele junge Technologieunternehmen können nicht entstehen oder wachsen, weil ihnen die entsprechende finanzielle Ausstattung fehlt. Deutschland bleibt bei der Bereitstellung von Wagniskapital weit hinter anderen Industrieländern zurück. Deshalb wird die Bundesregierung – so steht es im Koalitionsvertrag – die Rahmenbedingungen für die Anlage von Vermögen in Wagniskapital steuerlich attraktiver machen.

III.

Wissenschaft und Forschung – habe ich eingangs gesagt – sind Teil der intellektuellen Kultur unseres Landes. Ich bin davon überzeugt, dass wir in den nächsten Jahren große Fortschritte machen. Wir müssen in den von mir beschriebenen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein neues Kapitel aufschlagen, um Innovationen zu fördern. Ich bin davon überzeugt, dass wir alles tun müssen, um den Technologietransfer zu beschleunigen, dass wir alles tun müssen, um jungen Leuten andere Signale zu geben als in den vergangenen Jahren. Das heißt auch, dass wir uns um das Profil des Wissenschaftssystems im Blick auf alle Disziplinen kümmern müssen.

Es war Wolf Lepenies, der davon gesprochen hat, dass sich unsere Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen als undisziplinierte Institutionen sehen sollten. Als solche, die sich nicht von den Interessen einzelner Fächer disziplinieren lassen. Dass Wissenschaftler und Forscher wie der Jurist, Naturwissenschaftler, Politiker, Philosoph, Historiker, Theologe und Diplomat Leibniz als Universalgelehrte wirken, diesen Anspruch können wir nicht mehr haben. Allerdings können wir die verschiedenen Disziplinen stärker miteinander in Kontakt bringen, denn Innovationen entstehen an den Schnittstellen der Disziplinen.

Die Spezialisierung der Fächer bringt je ganz eigene Sprachen hervor. Dies hat mich dazu bewogen, das Wissenschaftsjahr 2007 nicht nur zu einem Jahr der Geisteswissenschaften zu machen. Dieses Jahr der Geisteswissenschaften wird sich ganz besonders dem Thema „Sprache“ widmen. Ich bin davon überzeugt, dass vieles von dem, was wir uns wünschen, letztlich daran scheitert, dass die Sprache fehlt, Sprachlosigkeit ausgebrochen ist oder aber ein Sprachenwirrwarr herrscht. Mit dem Jahr der Geisteswissenschaften eröffnen wir uns die Möglichkeit, eine 15-jährige Diskussion mit wichtigen Gutachten über die geeigneten Strukturen für die Förderung der Geisteswissenschaften jetzt in die Tat umzusetzen. Anders gesagt: Welche Akzente sind notwendig, um aus einer Phase, die im öffentlichen Gespräch

nicht selten als ein Lamentieren wirkt, in eine Phase selbstbewusster Präsenz in unseren Universitäten und im Wissenschaftssystem zu überführen? Wissenschaft, die neben ihrer Rolle als Produktionsfaktor auch eine Rolle als Orientierungsfaktor im Leben moderner Kulturen spielen muss, ist nicht denkbar und gestaltbar ohne die Geistes- und Kulturwissenschaften. Wissenschaften können ihren Bildungsauftrag nicht wahrnehmen ohne die Geistes- und Kulturwissenschaften. Diese sollten sich daher nicht auf die bloße Kommentierung der Ergebnisse von Naturwissenschaftlern reduzieren lassen. Ich bin an dem interdisziplinären Gespräch, an dem ja auch viele der hier Anwesenden teilnehmen, sehr interessiert. Ich wünsche mir, dass wir nicht nur das eine oder andere Programm auflegen. Ich wünsche mir, dass wir für dieses Wissenschaftssystem in den Zeiten der Profilierung unserer Hochschulen neue Wege finden, Akzente setzen und über Strukturveränderungen so reden, dass die Geistes- und Kulturwissenschaften in der Universität der Zukunft und im Wissenschaftssystem der Zukunft den Platz haben, der nicht zuletzt für das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft wichtig ist. Einen Platz, der wichtig ist, um mit gutem Gewissen von „Universitäten“ reden zu können.

Ich finde es wichtiger, sich auf wenige zentrale strategische Themen zu konzentrieren, als viel programmatisches Spektakel zu initiieren. Ich möchte sie dazu einladen, daran aktiv mitzuwirken, verbunden mit dem Wunsch, den Max Weber einmal als die Erwartung an die Wissenschaftler formuliert hat: „Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann.“ Ich verspreche Ihnen meinerseits diese Leidenschaft und ich wünsche mir den leidenschaftlichen Aufbruch für Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

Vielen Dank.